

INFOPERU Nr. 61

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

19. April 2019

Inhaltsverzeichnis:

1. [#editorial](#)
2. [Alan García hat sich erschossen \(H. Willer\)](#)
3. [Missbrauchs-Aufklärer wegen Verleumdung verurteilt \(H. Willer\)](#)
4. [Erneuter Konflikt um Las Bambas \(César Bazán Seminario\)](#)
5. [Stühlerücken im der peruanischen Regierung \(Heinz Schulze\)](#)
6. [Operation Quecksilber 2019: was bringt es ? \(H. Willer\)](#)
7. [Umstrittener Flussausbau \(Heinz Schulze\)](#)
8. [Red Muqui unterschreibt "Minenvision 20130" nicht \(Annette Brox\)](#)
9. [Papa, warum erzählst Du mir nicht Dein Leben ? \(H. Willer\)](#)
10. [Paranüsse, das andere Gold Amazoniens \(H. Willer\)](#)
11. [Umstrittener neuer Flughafen für Cusco \(Heinz Schulze\)](#)
12. [Solidaritäts-Debatte \(Rómulo Torres\)](#)
13. [Solidaritäts-Debatte 2 \(Jan Doria\)](#)
14. [FridayforFuture \(Fotos\)](#)
15. [Veranstaltungen](#)

1. Editorial No 61

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

wenn ich diese Zeilen schreibe, steht ganz Peru noch unter dem Schock des Selbstmords von Ex-Präsident Alan García.

Er hat sich umgebracht, als die Polizei vor der Tür stand, mit einem Haftbefehl zur Untersuchungshaft.

Ein Selbstmord ist immer eine individuelle Entscheidung, zu der viele Faktoren beitragen. Dennoch wird von den Parteigängern Alan Garcías bereits feste am Bild des Märtyrers und zu Unrecht von der Justiz Verfolgten gebastelt. Wie mehrere Leitartikler schrieben, war Alan García aber nicht der einzige und schon gar nicht der erste Ex-Präsident Perus, der wegen des Odebrecht-Schmiergeld-Skandals ins Gefängnis musste. Zuletzt traf es am 10. April Pedro Pablo Kuczynski. Keiner von ihnen dachte deswegen, sich der Gerechtigkeit durch Selbstmord zu entziehen.

Allerdings fragen sich inzwischen viele im In- und Ausland, was mit einem Land los ist, in dem alle

Ex-Präsidenten der letzten 20 Jahre entweder mit Haftbefehl gesucht werden, im Gefängnis waren oder immer noch sind. Für andere lateinamerikanische Länder, die ebenfalls von der Odebrecht-Korruption betroffen sind, gilt Peru als das Vorzeigeland in der Korruptionsbekämpfung. Fünf Ex-Präsidenten im Gefängnis oder mit Haftbefehl, das ist für sie ein Erfolgsindikator. Von der Seite der Betroffenen wird angeführt, dass es sich um einen Missbrauch der Figur der Untersuchungshaft handele, der zudem medial ausgeschlachtet wird, indem ehemals mächtige Politiker in Handschellen abgeführt werden. U-Haft wird sonst eher selten angewandt. Ich finde auch, dass die peruanische Justiz dabei womöglich etwas über das Ziel hinausschießt.

Wenn ich jedoch den Puls der Peruaner fühle, dann haben sehr wenige diese Bedenken. Im Gegenteil: ohnmächtig gegenüber einem als korrupt empfundenen Justizwesen, das den Politikern willfährig ist – und gerade Alan García soll es dabei zur Meisterschaft gebracht haben –, gilt jeder verhaftete hohe Politiker für die Bürger als Beweis für die (neue) Unabhängigkeit der Justiz.

So oder so, ein schwieriger Spagat, den die Justiz dabei zu bewältigen hat. Und es ist so zu hoffen, dass ihr Aufklärungs-Impetus auch nach Alan Garcías Selbstmord anhält.

Zu guter Letzt möchte ich Sie auf eine Rubrik und eine Veranstaltung aufmerksam machen: wir setzen in dieser Nummer die Debatte über internationale Solidarität Deutschland-Peru fort, mit Beiträgen von Romulo Torres und Jan Doria. Auch Sie sind eingeladen, sich an dieser Debatte mit Ihrer Meinung und Erfahrung zu beteiligen.

Und schließlich möchte ich Sie nochmal auf das Seminar der Infostelle vom 3. bis 5. Mai in Köln aufmerksam machen und dazu einladen. Nähere Angaben finden Sie in diesem Newsletter.

Hildegard Willer

2. Alan García hat sich erschossen

Wen immer man in Peru fragt: der bei weitem korrupteste Präsident sei Alan García gewesen, heisst es. Dennoch hat es kein anderer peruanischer Ex-Präsident geschafft, sich so lange der gerichtlichen Verfolgung zu entziehen. Als ihm alle Felle davon schwammen, hat Alan García, 69 Jahre alt, zweimal Präsident Perus, Selbstmord begangen.

Dabei fing alles so vielversprechend an. Als Garcia 1986 zum ersten Mal Präsident wurde, war er gerade mal 36 Jahre alt. Er galt als Hoffnungsträger seiner Partei, der sozialdemokratischen APRA. Die 80-er Jahre waren das Jahrzehnt der Schuldenkrisen in Lateinamerika. Der junge linke García verstaatlichte kurzerhand die Banken, um der Schulden Herr zu werden – und schnitt damit sein Land vom internationalen Finanzstrom ab. Die Jahre seiner Präsidentschaft von 1985 – 1990 gerieten zu einem Desaster: Hyperinflation, Mangelwirtschaft, Hunger, Terrorismus prägten seine Amtszeit. Immer wieder wird die erste Amtsperiode Alan Garcias mit der heutigen Krise in Venezuela verglichen. Hunderttausende Peruaner verliessen damals das Land, um woanders eine Perspektive zu suchen.

Als 1990 Alberto Fujimori die Wahlen gewann, bestanden bereits Korruptionsvorwürfe gegen Alan Garcia. Ein gerichtliches Verfahren wurde wegen Mangels an Beweisen eingestellt. 1992, als

Fujimori den Senat auflöste, erhielt Alan Garcia Asyl in Kolumbien. 2001 waren die Korruptionsermittlungen gegen ihn verjährt und er kehrte nach Peru zurück.

Erstaunlich ist, dass die Peruaner diesen Politiker mit seinem desaströsen Amtsausweis und trotz handfester Korruptionsvorwürfe nochmal auf den Präsidentensessel hievt. Dass er 2006 erneut zum Präsidenten gewählt wurde, verdankt Alan García dreierlei: zum einen war seine Partei, die APRA, die einzige schlagkräftige Partei mit einer durchorganisierten Basis; zum zweiten versprach der rhetorisch brillante und charismatische Alan Garcia, dass er sich gewandelt habe; und drittens – und das war ausschlaggebend – war sein Rivale in der Stichwahl der Links-Kandidat Ollanta Humala. Der sei mit dem Venezolaner Hugo Chavez im Bunde, und um in Peru venezolanische Zustände zu verhindern, sei der geläuterte Alan Garcia das kleinere Übel.

Tatsächlich war in der zweiten Präsidentschaft von Alan Garcia vom jungen linken Bankenkürmer nichts mehr übrig. 2006 bis 2011 waren die Wirtschaftswunderjahre Perus. Die Preise für die Rohstoffe stiegen und stiegen, Peru konnte gar nichts falsch machen; war Finanzkrise, stieg der Goldpreis. Boomte die Weltwirtschaft dagegen, wollten alle Perus Kupfer. Brasilien galt als aufstrebende Nation, die bald die USA als Hegemonialmacht auf dem Subkontinent ablösen würde. Es war die Zeit grosser Infrastruktur-Projekte, die Zeit des Geldausgebens – und, wie man heute weiss, die Zeit der grossen Schmiergelder. Der brasilianische Präsident Lula und die Manager der Baufirma Odebrecht gingen damals im peruanischen Präsidentenpalast ein und aus.

In der peruanischen Öffentlichkeit ist die zweite Präsidentschaft Garcias auch wegen des gewaltsamen Zusammenstosses von Polizei und Indigenen in Erinnerung. Garcia war ein Modernisierer alten Schlages, der keinen Sinn für die Rechte der Ureinwohner oder für den Schutz der Umwelt hatte. In einem vielbeachteten Zeitungssessay verglich er die Indigenen mit dem Hund aus einer bekannten Fabel, der selber das Essen verweigert, aber auch nicht andere essen lässt. So seien die peruanischen Indigenen des Regenwaldes: selbst wollten sie die Bodenschätze ihres Landes nicht ausbeuten, aber anderen dies auch nicht gönnen. 2009 kam es wegen eines umstrittenen Erlasses, der den indigenen Völkern ihre Landrechte absprach, zum Massaker von Bagua, bei dem rund 30 Soldaten und Indigene starben.

2011 übergab Alan Garcia das Amt an Ollanta Humala. Eine parlamentarische Untersuchungskommission, die die Korruptionsvorwürfe gegen Garcia untersuchen sollte, konnte er dank seiner guten Beziehungen zur hohen Gerichtsbarkeit abwenden.

Als 2014 in Brasilien der Lava Jato – Schmiergeldskandal um den Bauriesen Odebrecht bekannt wurde, geriet auch Alan Garcia wieder in das Blickfeld der Ermittler. Lange Zeit jedoch konnte er zusehen, wie alle seine Amts-Vorgänger und Nachfolger einer nach dem anderen wegen der Annahme von Wahlkampfspenden und Schmiergeldern im Kittchen landeten oder per Haftbefehl gesucht wurden: Alejandro Toledo, Ollanta Humala, Ex-Präsidententochter Keiko Fujimori; erst Mitte April Ex-Präsident Pedro Pablo Kuczynski.

Die Schlinge zog sich auch um Alan Garcia immer mehr zu. Ein Richter ordnete an, dass er Peru nicht verlassen dürfe. Sein Asylgesuch bei der uruguayischen Regierung wurde von dieser im Dezember 2018 abgelehnt. Letzte Woche veröffentlichte das Rechercheportal IDL-Reporteros Beweise, dass Garcias ehemaliger Sekretär hohe Bestechungsgelder angenommen und auf einem Bankkonto in Andorra deponiert hatte.

Alan García beteuerte noch tags zuvor im peruanischen Fernsehen seine Unschuld. Er habe nie Bestechungsgeld genommen. Als am Mittwoch morgen der Staatsanwalt und Polizei mit einem Haftbefehl vor seiner Tür standen, ging er in den 2. Stock seines Hauses, nahm eine seiner drei

Pistolen und schoss sich in den Kopf. Am 17.4. um 10 Uhr 05 verstarb er an seinen Schussverletzungen.

Viele Peruaner – und gefühlt ist es die grosse Mehrheit – , die angesichts des Haftbefehls jubelten, weil Alan Garcia endlich vor Gericht kommen würde, sind konsterniert, betroffen, auch wütend. „Jetzt hat er es geschafft, sich doch nicht vor dem peruanischen Volk zu verantworten“.

Seine Partei, die APRA, webt bereits an seiner Märtyrerlegende. Andere, der Korruption bezichtigte Politiker Lateinamerikas, wie der Ecuadorianer Rafael Correa, sprechen von politischer Verfolgung und Mord.

Nur eines ist klar: kalt lässt der Selbstmord Alan Garcias in der Karwoche 2019 in Peru niemanden.

Hildegard Willer

3. Missbrauchs-Aufklärer wegen Verleumdung verurteilt

Die Journalisten Pedro Salinas und Paola Ugaz hatten die Machenschaften der rechtskatholischen Gruppierung „Sodalitium“ (span. Sodalicio) aufgedeckt. Der Erzbischof von Piura hat sie deswegen auf Verleumdung verklagt. Die peruanische Bischofskonferenz distanziert sich vom Urteil.

Als Papst Franziskus im Januar letzten Jahres die peruanische Stadt Trujillo besuchte, wurde er vom Erzbischof von Piura und Tumbes, José Antonio Eguren, offiziell begrüßt. Eguren ist ein Gründungsmitglied der katholischen Bewegung „Sodalitium Vitae Christianae“. Spätestens seit 2015 wusste jeder in Peru, was hinter der Fassade der einflussreichen katholischen Gruppierung vor sich ging: Gehirnwäsche, psychologische und physische Gewalt, sexuelle Übergriffe bis zu Vergewaltigungen. Die Journalisten Pedro Salinas und Paola Ugaz hatten in jahrelangen Recherchen Zeugenaussagen ehemaliger Sodalicio-Mitglieder zusammengetragen und veröffentlicht.

Als die beiden Journalisten deshalb vor einem Jahr im Fernsehen sahen, wie der Erzbischof von Piura, Mitglied des Sodalicio der ersten Stunde, neben einem lächelnden Papst Franziskus posierte, als ob nichts geschehen sei, griffen sie zu ihren „Waffen“: Paola Ugaz zur Kurznachricht Twitter und Pedro Salinas zum Meinungsartikel. Dort verglich Salinas Eguren mit dem wegen seiner Nähe zum Kinderschänder Karadima umstrittenen chilenischen Bischof Juan Barros, der im Juni 2018 schliesslich zurücktrat.

Neben der Vertuschung der Straftaten des Sodalicio steht Eguren auch im Verdacht, am Handel mit Ländereien in Piura beteiligt zu sein. Dementsprechende Anschuldigungen waren in zwei voneinander unabhängigen Publikationen gemacht worden.

José Antonio Eguren reichte daraufhin eine Verleumdungsklage gegen die beiden Journalisten ein. Diese erhielten weitreichende Solidaritätsbekundungen. Amnesty International warnte davor, dass das Strafrecht dazu verwendet werde, die Pressefreiheit auszuhebeln. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – und dazu gehörten auch Kirchenführer – müssten akzeptieren, dass über sie recherchiert und berichtet werde.

Doch die internationale Solidarität half – vorerst – wenig:

Am 8. April 2019 verkündete Richterin Judith Calle im nordperuanischen Piura das Urteil: der

Journalist Pedro Salinas wurde zu einer einjährigen Bewährungsstrafe und einer Entschädigungszahlung von umgerechnet 21 500 Euro verurteilt. Die Richterin gab damit dem Kläger José Antonio Eguren, dem Erzbischof von Piura und Tumbes, statt.

„Damit will sich Sodalicio an uns rächen“, erklärt Pedro Salinas vier Tage später vor der Presse in der Hauptstadt Lima.

Schützenhilfe bekamen Pedro Salinas und Paola Ugaz dagegen von unerwarteter Seite. Der Vorstand der peruanischen Bischofskonferenz und der neue Erzbischof von Lima gaben in einem Kommuniqué bekannt, dass die Sorge um die Opfer des Missbrauchs an erster Stelle stehen müsse, und dass gerade Papst Franziskus immer wieder die positive Rolle des Journalismus bei der Aufdeckung der Missbrauchsfälle innerhalb der katholischen Kirche betont habe.

„Das erste Mal, dass der Korpsgeist innerhalb der katholischen Kirche nicht funktioniert“, kommentierte, noch überrascht, Pedro Salinas.

Die Reaktion des Erzbischofs von Piura ließ nicht auf sich warten: die Kollegen in der Bischofskonferenz sollten doch die genaue Urteilsbegründung abwarten. Diese wird erst am 22. April verlesen. Auch stünden nicht alle Bischöfe hinter dem Kommuniqué, das nur der Vorstand und der Erzbischof von Lima unterschrieben hatten.

Der deutschstämmige Bischof von Caraveli, Reinaldo Nann, machte sich daraufhin auf Facebook seiner Empörung Luft: „Ich war sehr froh über dieses Kommuniqué“, schreibt Nann. „Denn es sind nicht nur zwei Bischöfe, die nicht mit Erzbischof Eguren einverstanden sind, wir sind viele. Ich will nicht, dass ich in der Öffentlichkeit mit einer Kirche identifiziert werde, die einen umstrittenen Bischof des Sodalicio unterstützt. Persönlich würde ich Erzbischof Eguren raten, dass er sich vom Sodalicio distanziert oder zurücktritt, bevor ihn Papst Franziskus zum Rücktritt auffordert“.

Reinhold Nann geht noch weiter: „Ich weiß nicht, warum der Vatikan so lange braucht, um das Sodalicio aufzulösen“. Bisher läuft ein parlamentarisches Untersuchungsverfahren, sowie ein Strafverfahren gegen das Sodalicio in Peru. Der Vatikan selbst hat – im Zusammenhang mit Mißbrauchsvorwürfen gegen den Sodalitium-Gründer Figari – Sodalicio unter kommissarische Leitung gestellt, seine Existenz selber aber nicht angetastet.

Paola Ugaz erwartet das Urteil ihrer Verleumdungsklage für die nächsten Tage. Pedro Salinas wird in Berufung gehen gegen das Urteil aus Piura. Seine Aussagen zurückziehen will er auf keinen Fall. „Eher zahle ich Eguren die 21 000 Euro und recherchiere und schreibe weiterhin, was ich für richtig halte“

Hildegard Willer

4. Erneuter Protest gegen Kupferbergwerk Las Bambas

Cesar Bazán gibt eine kurze Erklärung über einen langen und wichtigen Konflikt in Peru.

Seit Februar 2019 finden in der Quechua-Region Apurímac Proteste gegen die chinesische Kupfer- und Molybdänmine Las Bambas statt; alle Minister und der Präsident selber beschäftigten sich mit dem Konflikt. Dabei ist der Konflikt um Las Bambas nicht neu. Bereits 2011 berichtete die staatliche Ombudsstelle *Defensoría del Pueblo* darüber. Es kam damals bei Protesten zu vier

Toten, hunderten von Verletzten und Sachschäden im Wert von mehreren Millionen Euro.

Warum ist Las Bambas so wichtig?

Laut Daten der peruanischen Zentralbank macht Las Bambas zur Zeit 1% des peruanischen Bruttoinlandsprodukts aus. Las Bambas ist als weltweit zweitgrößte Kupfermine geplant; die Fachzeitschrift Engineering & Mining Journal vermeldet mehr als 10 Millionen Tonnen Kupferreserven in Las Bambas für die nächsten 20 Jahre. Dank der laufenden Kupferminen Las Bambas, Cerro Verde und Hudbay Perú stieg die peruanische Kupferproduktion stark an. Von 159.000 Tonnen im Januar 2016 auf 212.000 Tonnen im Mai 2016.

Wo ist das Projekt und wer wohnt da?

Die Mine Las Bambas liegt in den Provinzen Cotabambas und Grau in der Region Apurímac. Gemäß der Volkszählung von 2017 leben in Cotabambas 50.656 Menschen, davon 69% auf dem Land. Die Provinz Grau hat 21.242 Einwohner, von denen 85% auf dem Land leben. Beide Provinzen sind Quechua-sprachig; in Cotabambas gaben bei der Volkszählung 2017 83% der Bevölkerung Quechua als Muttersprache an, in der Provinz Grau sogar 95%. Genau dort aber ist die soziale Lage kritisch. Der UNO-Index für menschlichen Entwicklung im Jahr 2013 (HDI) zeigte für Cotabambas 0,2193 und für Grau 0,2425 an. Zum Vergleich: Peru insgesamt hatte im selben Jahr einen HDI von 0,51; Lima von 0,64. Cotabambas ist die Provinz in Apurímac mit der höchsten Säuglings-Sterblichkeit; in der Provinz Grau geht die Bevölkerungszahl zurück.

Heute sind 149 Dörfer und 72 Indigena-Gemeinden vom Lastwagen-Verkehr der Kupfermine betroffen. Warum ist das so wichtig? Weil sich viele Indigena-Gemeinden über die negativen Auswirkungen von Las Bambas beschwerten. Insbesondere als das Bergbauprojekt 2014 den Besitzer wechselte (die Schweizer Xstrata verkaufte an die chinesische MMG) und daraufhin das Projekt abänderte. Statt, wie ursprünglich vorgesehen, in einer Pipeline, wird das Kupfer nun in Lastwagen zur Verschiffung an die peruanische Küste gefahren. Die anliegenden Gemeinden wurden über diese Änderung nicht vorher konsultiert.

Was ist zurzeit los?

Seit Februar 2019 blockierte die Indigena-Gemeinde Fuerabamba die Straße und infolgedessen den Abtransport der Kupferproduktion von Las Bambas. Fuerabamba lag im Zentrum der Mine und wurde 2009 umgesiedelt. Die Gemeindemitglieder handelten dafür hohe Entschädigungssummen, den Bau eines neuen Dorfes und den Kauf neuen Gemeinschaftslandes aus. Die Verbindlichkeiten, welche die Mine heute gegenüber Fuerabamba hat, wurden aber nicht klar festgelegt bzw. nicht eingehalten.

Zuerst setzte die Regierung auf Militär und Polizei, um die Straßenblockade gewaltsam aufzulösen. Erst auf Initiative der katholischen Kirche kam ein Dialog zustande, der Regierungsmitglieder, Vertreter der Mine und des Präsidenten und Mitglieder der Gemeinde Fuerabamba an den Verhandlungstisch brachte.

Am 6. April gaben die Verhandlungsführer folgende Ergebnisse bekannt:

1.) Die Gemeinde Fuerabamba wird die Straßenblockade aufheben.
2.) Die Entschädigungssumme für Fuerabamba wurde neu und abschließend verhandelt.
3.) Das Unternehmen bietet den Bewohnern von Fuerabamba, wie ursprünglich vereinbart,

Jobs in der Mine an.

4.) Die Partner werden neue Verhandlungen über den Vertrag von 2009 zwischen Las Bambas und Fuerabamba führen.

Mit diesem Verhandlungsergebnis ist der Konflikt aber noch nicht automatisch beigelegt, auch wenn die Gemeinde Fuerabamba die Straßenblockade – vorerst – aufgehoben hat. Zudem muss der Gemeindepräsident von Fuerabamba die Ergebnisse der Verhandlungen von seiner Gemeindeversammlung absegnen lassen. Bis dahin sind sie nicht bindend.

Zum anderen haben sich bereits weitere Gemeinden zu Wort gemeldet, die ebenfalls vom Kupfertransport auf der Strasse betroffen sind. Sie kritisieren die Verhandlungsführung von Fuerabamba, die einseitig auf finanzielle Entschädigung setze und die Umweltbedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaftsproduktion nicht im Blick hätte.

Am 11. April verhandelten der Premier Salvador Solar und einige Minister mit den Gemeinden der Provinz Cotabambas. Der Dialogprozess soll in einem Runden Tisch weitergeführt werden.

César Bazán Seminario

5. Stühlerücken in der peruanischen Regierung

Nach einem Jahr Amtszeit bildete Perus Präsident Martín Alberto Vizcarra Cornejo im März 2019 sein Kabinett um.

Hervorzuheben ist dabei , dass die 19 Ministerien paritätisch mit neun Frauen und neun Männer besetzt wurden. Das Amt des Premierministers hier auslassend, sind diesmal Frauen und Männer “gleichberechtigt”.

Auf den zurückgetretenen Premierminister César Villanueva folgte Salvador Alejandro del Solar Labarthe.

Zu allen Ministerinnen und Ministern etwas zu schreiben, würde sehr lang werden. Der Artikel beschränkt sich darauf, die neuen bzw. alten Ministerinnen kurz vorzustellen und die anderen Minister namentlich zu nennen, damit im Fall von Protestbriefen diese namentlich angesprochen werden können.

Nachdem Premierminister del Solar seinen ersten Misstrauensantrag – angestrengt von der Opposition der Fujimori- und APRA-Parteien – überstanden hat, sind diese Minister und Ministerinnen aktuell im Amt.

Wegen der Bedeutung des Premierministers in der peruanischen Regierungsführung wird dieser etwas ausführlicher vorgestellt.

Der neue Premier heißt: **Salvador Alejandro del Solar Labarthe (geboren 1970).**

Er ist u.a. Rechtsanwalt, Schauspieler, Autor, Filmregisseur. Er wird als Experte für Konfliktlösungsprozesse genannt. Er war in der vorherigen Regierung von Präsident

Kuczynski Kultusminister. Die Einschätzungen über ihn und seine politischen Fähigkeiten gehen sehr auseinander. Da heißt es mal: Er ist ein Gewinn für den Präsidenten Vizcarra.

Der mit 4% gescheiterte Ex-Kandidat der Fujimori-Partei für das Bürgermeisteramt in Lima, der ultrarechte Diethell Columbus sieht dagegen del Solar nur in diesem Amt, weil er sich als Kandidat der Linken für die nächste Präsidentschaftswahl aufbauen wolle.

Positiv wird del Solars Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Erzbischof von Lima, Cipriani, wegen dessen frauenfeindlicher Haltung und dessen Einsatz gegen die Gender-Gerechtigkeit gesehen. Auch sein Rücktritt aus der Regierungsmannschaft von Präsident Kuczynski wird positiv gesehen, als der mit der Fujimoripartei einen schmutzigen Deal machte, durch den Ex-Präsident Fujimori begnadigt wurde. Der scharfzüngige Journalist César Hildebrandt erklärt, dass diese Ernennung ein großer politischer Fehler ist. Er sieht del Solar als Aufsteiger, der nicht fähig sei, mit dem Parlament klar und konfrontativ umzugehen. Denn die Mehrheit der Abgeordneten der Fujimori- und APRA-Partei würde nicht mitgestalten, sondern die Macht – egal wie – behalten und ausbauen wollen. Andere betonen, eine Konfliktlösungs-Kompetenz sei gut, Dialog sei gut, aber als Regierung müsse man auch Entscheidungen treffen. Andere Kommentare betonen:

Mit del Solar würde Peru politisch zur Mitte hin tendieren, aber wirtschaftspolitisch nach rechts gehen. Sie beziehen sich auf seine Zeit als Kulturminister, wo er sich auf die Seite der Bergwerksunternehmen stellte und die vorgeschriebene Vorab-Konsultation in diesen Bereichen ablehnte. Die politische Rechte rechnet ihn zur “Kaviar-Szene” (in etwa: Toscana-Fraktion)).

Einige Informationen zu den neuen bzw. Im Amt bestätigten Ministerinnen:

Frauenministerium (MIMP)

Dr. Gloria Edelmira Montenegro Figuera (Partei Alianza para el Progreso), Schwerpunkt: Gendergerechtigkeit, sie war Bürgermeisterin in der Großstadt Trujillo (Nordküste).

Kultusministerium (CULTURA)

Ulla Sarela Holmquist Pachas, Archäologin, Spezialistin für Museengestaltung, Direktorin des Museum der peruanischen Zentralbank und des Museum Larco (2018)

Erziehungsministerium

Professorin Flor Aidee Pablo Medina (Univ. San Marcos, Schwerpunkt Sprache und Literatur), Bildungsbeauftragte für die Region Lima (2014)

Ministerium für Entwicklung und Soziale Inklusion (MIDIS)

Paola Bustamante Suarez (Rechtsanwältin), war Ministerin mit gleicher Aufgabe in der Regierungszeit von Ollanta Humala.

Umweltministerium (MINAM)

Lucia Delfina Ruiz Ostoic, war bisher Vizeministerin im Umweltministerium und Direktorin für Wasserangelegenheiten bei PROINVERSIÓN.

Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung

Fabiola Muñoz, war früher Direktorin des Waldservice-Projektes der USA in Peru und war die bisherige Umweltministerin.

Produktionsministerium (PRODUCE)

Rocío Ingrid Barrios Alvarado (Rechtsanwältin), war früher Direktorin für Qualitätskontrolle und Vizepräsidentin für Fischereiangelegenheiten in der Regierung von Ollanta Humala.

Arbeitsministerium (MTPE)

Sylvia Cáceres, (Katholische Universität von Lima, war u.a. Direktorin des Gesundheitsdienstes ES Salud), bleibt als Ministerin in diesem Ministerium.

Gesundheitsministerium

Zúlema Tomás, bleibt als Ministerin in diesem Amt

Aufstellung der amtierenden männlichen Minister:

Wirtschafts- und Finanzministerium (MEF): Carlos Augusto Oliva Neyra

Außenministerium: Nestor Francisco Popolizio Bardales

Verteidigungsministerium: José Modesto Huerta Torres

Innenministerium: Carlos Morán Soto

Ministerium für Außenwirtschaft und Tourismus (MINCETUR): Edgar Manuel Vásquez Vela

Ministerium für Transport und Kommunikation (MFC): Edmer Trujillo Mori; ist am 15. April auf Wunsch des Präsidenten bereits zurückgetreten.

Justizministerium: Vicente Zéballos

Wohnungs- und Bauministerium (MIMP): Carlos Ricardo Bruce Montes de Oca; ist am 15. April auf Wunsch des Präsidenten bereits zurückgetreten.

Ministerium für Energie und Bergbau: Francisco Atilio Ismades Mezzano

Die Kritik an der Anzahl der Ministerinnen blieb nicht aus. Frederico Salazar schrieb in der Zeitung El Comercio, dass man mit dem Theater aufhören soll, denn mit der Ernennung von Frauen in die Regierungsverantwortung würde Politik und

Gesellschaft um keinen Deut besser. Und ein Mann im Frauenministerium könnte genau so effizient wie eine Frau sein. Die Einführung einer Parität bei den Ministerien sei pure Demagogie und ein Theater, soweit Herr Salazar.

Heinz Schulze

6. Operation Quecksilber 2019 gegen illegale Goldschürfer - was bringt es ?

Schwer bewaffnete Soldaten springen aus Hubschraubern, laufen kilometerlang durch Sandwüsten und Zeltstädte. Man könnte meinen, es handelt sich um einen US-amerikanischen Militäreinsatz irgendwo in der Wüste Nordafrikas.

Doch die Bilder stammen aus Peru. Am 19. Februar 2019 begann die Invasion des illegalen Goldgräbercamps "La Pampa". 1200 Polizisten, 300 Soldaten und 70 Staatsanwälte betraten in einer konzertierten Aktion das berüchtigte Gebiet rund um Kilometer 100 an der Interoceánica-Schnellstraße, die durch das Departament Madre de Dios nach Brasilien führt. "Operation Quecksilber 2019" heißt die Militäroperation. Denn Quecksilber verwenden die Goldschürfer, um den Goldstaub zu binden. Danach verseucht das gefährliche Metall Flüsse, Luft, Fische und Menschen.

Warum gerade La Pampa ?

Die Luftbilder von den Abbaugruben illegaler Goldgräber im Departament Madre de Dios gehen seit Jahren um die Welt: da wo einst mächtige Bäume standen, ist jetzt eine karge Mondlandschaft. Der illegale Goldabbau ist einer der wichtigen Gründe für die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes.

Schon immer wurde in Madre de Dios Gold geschürft, aber in kleinem Maßstab, ohne Maschinen, und ohne den großen Gewinn. Erst seit der Weltmarktpreis für Gold in die Höhe geschossen ist, wurde Madre de Dios zum El Dorado des 21. Jahrhunderts. Tausende von Subsistenzbauern aus den Hochlandgebieten Perus suchten ihr Glück im Gold, beantragten Konzessionen, machten Verträge mit Konzessionseignern oder fingen ohne jede Genehmigung an zu buddeln.

Das 11 000 Hektar große Gebiet von La Pampa ist dabei zum Synonym für alle Übel des Goldabbaus im Regenwald geworden. La Pampa liegt in der Pufferzone des Nationalparks „Bahujá Senone“ und kann deswegen nie als Minengebiet ausgewiesen werden. Die in La Pampa tätigen Goldschürfer sind also illegal tätig und verstoßen gegen geltendes Gesetz. Nur ist das Gesetz schwer durchzusetzen.

La Pampa war also in den letzten Jahren zum Hotspot der illegalen Goldschürfer von Madre de Dios avanciert. Illegal bedeutet auch, dass sich dort niemand den Anschein geben muss, legal zu werden. Banditen, Desperados aus allen Teilen Perus oder anderer Länder, Drogenhändler, Menschenhändler: La Pampa war zur No-go-area geworden, ein 11 000 Hektar großes Gebiet, das niemand betreten durfte, der nicht dazu gehörte.

Was unterscheidet informelle von illegalen Goldschürfern ?

Mehrere Hunderttausende Menschen leben in Peru vom Goldschürfen, sei es im Regenwald, sei es

in aufgelassenen Minen der Anden. Früher, als der Goldpreis noch niedrig war, haben die Subsistenzbauern sich mit Schürfen etwas dazu verdient. Das Schürfen geschah mit einer Waschpfanne, oder mit Schaufel und Pickel. Seit der Goldpreis in die Höhe geschossen ist, ist es jedoch viel lukrativer, Gold abzubauen, und dazu auch Maschinen zu verwenden. Die Abbaugebiete wurden immer größer, die Schäden in der Natur immer sichtbarer, und einige der Goldschürfer immer reicher. Die meisten Goldschürfer haben keine staatliche Erlaubnis, um zu schürfen. Damit gehören sie zur großen Menge der informell tätigen Peruaner, die ihre Jobs ohne jegliche staatliche Aufsicht machen und keinerlei Steuern bezahlen. Kann Peru das Goldschürfen einfach verbieten? Welche Alternativen kann der peruanische Staat den Goldschürfern anbieten? Die Antwort lautet: keine.

Die Strategie aller Regierungen heißt deshalb „Formalisierung“. Illegal schürfende Goldschürfer sollen zu legalen Goldschürfern werden, wenn sie nach und nach bestimmte Vorgaben einhalten: eine Konzession besitzen oder pachten; Umweltvorschriften einhalten; Steuern bezahlen. Eine Formalisierung ist nur möglich in grundsätzlich für Bergbau ausgewiesenen Gebieten. Auch in Madre de Dios gibt es solche Gebiete: rund um Huepetue, Delta, Laberinto wird weiterhin Gold geschürft, und nicht wenig. Da die dortigen Goldschürfer – in der Theorie – dabei sind, sich zu formalisieren, wird das Militär dort nicht einschreiten.

In der Praxis ist der Unterschied zwischen einem informellen und einem illegalen Goldschürfer jedoch gering: denn die Bergbauabteilungen kontrollieren äußerst selten, ob ein sich formalisierender Goldschürfer auch die Vorgaben einhält. Und die staatlichen Übergangsregelungen sind sehr großzügig. Bisher sind in Madre de Dios 5000 Goldschürfer in das staatliche Formalisierungsregister eingeschrieben, aber erst 20 haben ihre staatliche Lizenz bereits erhalten.

Fazit: auch wenn in La Pampa kein Gold mehr gefördert wird, so wird an anderen Orten von Madre de Dios weiterhin, unter Billigung des Staates, abgebaut.

Warum soll Operation Quecksilber dieses Mal erfolgreich sein?

Der Militäreinsatz Quecksilber 2019 ist beileibe nicht der erste Versuch, in La Pampa die staatliche Ordnung wiederherzustellen.

„Wenn wir mit Polizei eine Razzia in La Pampa machten, dann vertrieben wir zwar ein paar Goldgräber, aber am nächsten Tag waren sie schon wieder da“, erzählt die für Umweltstraftaten zuständige Staatsanwältin Karina Garay. Zudem wurden die Razzien oft vorher schon verraten. Die Korruption unter den Polizisten in Madre de Dios ist groß.

@Andina

Auch groß angelegte Militäraktionen wurden in früheren Jahren medienwirksam durchgeführt, ohne dass sie eine bleibende Wirkung hatten.

Warum also soll es dieses Mal anders sein? „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, verkündet Präsident Vizcarra. An die Großoffensive von zwei Wochen schließen sich 6 Monate polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Interventionen an. Danach soll eineinhalb Jahre lang aufgeforstet werden. All dies unter dem Schutz von 300 Polizisten, die dauerhaft in La Pampa installiert werden sollen. Dieses Mal soll es den Goldschürfern nicht leicht gemacht werden, einfach wieder an ihre alten Abbauorte zurückzukehren.

Kann man ehemaliges Minengebiet überhaupt wieder herstellen ?

Man mag es kaum für möglich halten, wenn man die Bilder von den wüstenhaften Mondlandschaften vor Augen hat: aber eine Renaturierung der Flächen ist möglich. Das sagen die Biologen, die in Madre de Dios mit Renaturierungspflanzen bereits seit längerem experimentieren. „Es wird nicht mehr wie vorher aussehen, aber die Funktion für das Ökosystem und die Struktur kann wiederhergestellt werden“, sagt der Biologe Francisco Román, der beim von USAID unterstützten Projekt CINCIA für die Forschung zuständig ist. „Allerdings haben wir in Madre de Dios zu wenige Baumschulen, so dass wir in einem Jahr gerade mal 100 Hektar bepflanzen können“. Und dann ist die Frage, wer die Renaturierung bezahlen wird.

Schwieriger zu sanieren sind die von Quecksilber und Schweröl verschmutzten Wasserläufe.

Welches sind die Alternativen ?

„Hoffentlich kommen die Goldgräber von La Pampa jetzt nicht auf mein Land“, sagt Alejandra Mamani. Sie hat, auch mit Hilfe der Caritas, eine gut gehende Kakaopflanzung und einen Hühnerhof aufgebaut und will vom Goldschürfen nichts wissen. Die aus La Pampa vertriebenen Goldschürfer seien jetzt in das der Straße gegenüberliegende Gebiet gegangen, wo man legal schürfen kann. Die Befürchtung ist, dass sie auch landwirtschaftlich genutztes Land besetzen werden.

Zwar hat der peruanische Staat angekündigt, dass er sehr viel Geld investieren wird für alternative Arbeitsbeschaffung, aber das ist noch Zukunftsmusik.

Tatsache ist, wie es Mons. Martínez, der Bischof von Puerto Maldonado, gesagt hat: „Peru kann nicht all seinen Bürgern ein würdiges Leben anbieten“. Viele suchen deshalb ihr Auskommen in illegalen oder halb legalen Geschäften, sei es der Schmuggel, die Koka oder eben das Gold.

Letztlich wird die Zahl der Goldsucher von zwei Faktoren bestimmt: vom Weltmarktpreis für Gold und davon, ob es eine Straße in der Nähe hat. Beide Faktoren stimmen heute. Und genau deshalb wird wohl, trotz der Militäraktion in La Pampa, auch weiterhin der Regenwald abgeholzt werden auf der Suche nach Gold.

Hildegard Willer

7. Umstrittener Flussausbau im Regenwald

Und schon wieder sind indigene Organisationen dagegen – zu Recht?

Es geht um den geplanten Ausbau der Flüsse Huallaga, Amazonas, Marañon und Ucayali.

Diese sollen teilweise ausgebaggert werden, damit in dieser tieferen Fahrrinne größere (Fracht-)Schiffe fahren können. Die chinesische Firma SINOHYDRO und das peruanische Finanzkonsortium CASA haben dafür vor zwei Jahren die Konzession erhalten.

Seitens der peruanischen Regierung wird betont, dass durch die Flussausbaggerung zum Beispiel Produkte aus Brasilien leichter nach Peru transportiert werden können und so das Leben im Regenwald verbessert wird. Der indigenen Bevölkerung würden diese Fortschrittsprojekte Schulen, Brücken, Krankenhäuser und Häfen geben.

Generell ist dieses Großprojekt Teil des Nationalen Plans zur Steigerung der Produktivität

und Wettbewerbsfähigkeit. Dieser wird für den Nationalfeiertag am 28. Juli 2019 angekündigt.

Die Organisationen der davon betroffenen indigenen Dorfgemeinschaften (ORPIO – Regionale Organisation der indigenen Völker des östlichen Regenwaldes, speziell des Volkes der Kukuma) kritisieren das Vorhaben so wie es jetzt geplant ist. Ihre Argumente: Die Ausbaggerarbeiten gefährden die Fischbestände in diesen Flüssen. Der Transport mit wenigen großen Schiffen beeinträchtigt den lokalen Warentransport mit kleinen Booten.

Eine ganz große Sorge ist, dass die großen Lastschiffe speziell für den Transport von Materialien für die Erdölproduktion eingesetzt werden könnten.

Sie beziehen sich auf die UN-Richtlinien über die Verantwortung von Unternehmen und auf den peruanischen Nationalen Menschenrechtsplan von 2018 bis 2021. Die Erstellung dieses Menschenrechtsplans wurde durch die Europäische Gemeinschaft gefördert. Und sie beziehen sich natürlich auch auf die ILO-Konvention über die Rechte indigener Völker, worin festgelegt wird, dass zum Beispiel die Erstellung der notwendigen Umweltverträglichkeitsstudien nur im Rahmen der in dieser Konvention vorgesehenen Vorab-Konsultation stattfinden darf.

Die peruanische Nichtregierungsorganisation DAR begleitet die indigenen Organisationen, damit das, was in dem Menschenrechtsplan festgehalten ist, nicht nur eine schöne Ankündigung bleibt.

Die indigenen Organisationen sehen aus bisherigen Erfahrungen beim Anlegen von Häfen, dass diese schnell Müllhalden werden mit Abfällen und Ölteppichen, wodurch die lokale Fischerei unmöglich gemacht wird. Außerdem sind die flachen Flussregionen wichtige „Kinderstuben“ für die Jungfische, die durch die Vertiefung der Flüsse gefährdet sind.

(Aus Servindi 21.1.19 und Ankündigungen von ORPIO, gekürzt und übersetzt Heinz Schulze)

8. Red Muqui unterschreibt "Minenvision 2030" nicht

Das Energie- und Minenministerium der Regierung Vizcarra hat Mitte 2018 einen Diskussionsprozess gestartet, um eine „Vision der Minenwirtschaft in Peru bis 2030“ zu entwickeln.

Dazu wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der Unternehmen, Staat und Zivilgesellschaft vertreten sind. Die Nichtregierungsorganisationen Grupo Propuesta Ciudadana, DAR (Derecho, Ambiente y Recursos Naturales) und CooperAcción waren zu dem Diskussionsprozess eingeladen. Das Netzwerk Red Muqui hatte zunächst keine Einladung erhalten und wurde erst nach Reklamationen in den Prozess einbezogen.

In der ersten Etappe des Diskussionsprozesses wurden mit den eingeladenen Vertreter*innen in Workshops ein Bericht und der Entwurf für ein Grundsatzpapier („Memoria Viva“) erarbeitet. Letzterer soll in einem zweiten Schritt dezentral an Runden Tischen in den von Bergbau betroffenen Regionen diskutiert werden.

Die Einschätzung der bisherigen Ergebnisse fiel bei den beteiligten Nichtregierungsorganisationen sehr unterschiedlich aus: Während Grupo Propuesta Ciudadana, DAR und CooperAcción in einem Brief an den Vizeminister den Prozess grundsätzlich positiv bewerten und einen offenen und fairen Dialogprozess mit der betroffenen Bevölkerung fordern, hat Red Muqui öffentlich erklärt, aus dem Dialog auszusteigen und die Schlussvereinbarungen nicht zu unterzeichnen. Wir fassen die Inhalte beider Erklärungen im Folgenden zusammen.

Insgesamt sehen Grupo Propuesta Ciudadana, DAR und CooperAcción den bisherigen Diskussionsprozess positiv: Es seien zwar nur wenige Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft beteiligt gewesen. Dennoch habe man ein neues Niveau des Dialogs erreicht und eine Annäherung, wie eine gemeinsame Vision aussehen könnte. Einige wichtige Themen der betroffenen Bevölkerung und der SDG's (Nachhaltige Entwicklungsziele) der Vereinten Nationen seien aufgegriffen worden.

Nun bestehe die Hoffnung, dass ein dezentraler Dialog mit der Bevölkerung, mit den Akteuren der Zivilgesellschaft die „Minenvision 2030“ vertiefen und bereichern wird. Ausgehend von den Realitäten vor Ort sollten die Vereinbarungen konkretisiert und ihre Umsetzung ermöglicht werden. Damit könnte tatsächlich eine Vision entstehen, die auf einem nationalen Konsens basiert.

In ihrem Brief unterstreichen die drei Organisationen, dass ohne eine Beteiligung der Zivilgesellschaft und der lokalen Regierungen eine „Minenvision“ keine Grundlage habe. Außerdem gebe es zwischen den beiden erarbeiteten Dokumenten Widersprüche, die geklärt werden müssten.

Sehr viel negativer sieht Red Muqui die bisherigen Ergebnisse. Die Kritik des Netzwerkes geht so weit, dass es als Konsequenz aus dem Prozess aussteigt.

Von Beginn an war Red Muqui kritisch gegenüber der Arbeitsweise des Gremiums, vor allem, weil die von Minenprojekten betroffenen Gemeinden, Anwohner*innen und sozialen Organisationen nicht teilnehmen konnten. Die Beteiligung der Betroffenen sei jedoch grundlegende Voraussetzung für die Ausarbeitung einer Agenda. Alle Akteure – und vor allem die direkt betroffene Bevölkerung – müssten angemessen vertreten sein, nicht nur einige wenige auf Zuruf.

Eine echte Auseinandersetzung hätte auch die ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen der Minenwirtschaft berücksichtigt, so Red Muqui. Davon sei jedoch – trotz unbestrittener Fortschritte – keine Rede. Viele Probleme würden nicht benannt, so etwa die Kriminalisierung der sozialen Proteste, die Kooperation der Nationalpolizei mit den Minenunternehmen, die präventiv ausgerufenen Ausnahmezustände, die Umwelt- und Gesundheitsschäden durch Schwermetalle, die Korruption im formalen und informellen Minensektor. Ebenso fehle im Schlusssdokument die Notwendigkeit einer verbindlichen Raumordnung.

Red Muqui kritisiert auch die staatliche Politik, die Rechtsgarantien für die Betroffenen abschaffe: das Recht auf Land, auf eine gesunde Umwelt, auf eine wirkliche Beteiligung und Vorabkonsultation, und ganz grundlegend das Selbstbestimmungsrecht über die eigene Entwicklung. Im Widerspruch dazu schreibe die „Minenvision 2030“ die Abhängigkeit der peruanischen Wirtschaft von der Minenwirtschaft fort. Es werde alles dafür getan, dass diese sich uneingeschränkt entwickeln kann, ohne Rücksicht auf die Gemeinden, die Bevölkerung und die ursprünglichen Landbesitzer*innen, wenn diese nicht mit der Minenaktivität einverstanden sind. Die Minenwirtschaft werde nicht in eine ganzheitliche Strategie einer diversifizierten Wirtschaft eingebettet, die auch andere wirtschaftliche Aktivitäten fördert. Im Gegenteil würden diese anderen

Aktivitäten oft durch die Minen beeinträchtigt, insbesondere in der Wasserversorgung, was vor allem die Land- und Viehwirtschaft betrifft. „Wir sind der Überzeugung, dass es einen durchschlagenden Wandel der peruanischen Wirtschaft braucht, die sich von den Menschen her und zusammen mit ihnen entwickelt und deren zentrales Anliegen eine gute Lebensqualität und das Gemeinwohl sind“, heißt es in der Erklärung.

Red Muqui erkennt an, dass es in den Diskussionen der Arbeitsgruppe wichtige Fortschritte gegeben hat. Aber die offizielle Zusammenfassung, die veröffentlicht werden soll, enthalte nur die Themen, über die Konsens erzielt wurde. Damit blieben zentrale Themen der Minenproblematik außen vor. Konkrete Situationen und Konflikte seien in die „Konsens“-Dokumente nicht eingeflossen. Begründet wurde dies mit Zweifeln an der „Repräsentativität“ der sozialen Organisationen. Red Muqui befürchtet, dass die Betroffenen mit dieser Begründung auch nicht an den geplanten dezentralen Diskussionsprozessen beteiligt würden.

Aufgrund des bisherigen Prozesses befürchtet Red Muqui, dass die „Minenvision 2030“ dazu benutzt werde, die soziale Akzeptanz der Minenwirtschaft zu stärken. Deshalb hat die Organisation am 3. Januar dem zuständigen Ministerium offiziell mitgeteilt, dass sie in der Arbeitsgruppe nicht mehr mitarbeiten und die Vereinbarungen nicht unterschreiben werde. Dazu heißt es in der Erklärung:

„Ein wirtschaftsfreundliches Klima darf nicht auf Kosten von Umweltstandards geschaffen werden. Ebenso wenig darf die Zentralregierung den Gemeinden und der Bevölkerung ihre Vision einer wirtschaftlichen Entwicklung aufzwingen. Leider zielt die Regierungspolitik darauf ab, das Modell der Extraktivwirtschaft und der Gewinnmaximierung auf Kosten der Menschenrechte für die Mehrheit der Peruaner*innen fortzuschreiben. Wir glauben, dass die ‚Minenvision 2030‘ genau dazu dienen soll.

Red Muqui begleitet Gemeinden und Bevölkerungen in den Minengebieten und unterstützt sie in der Einforderung ihrer Rechte. Die formulierte ‚Minenvision 2030‘ widerspricht in vielen Punkten der Agenda Muqui 2018-2021. Sie berücksichtigt weder die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung noch den Respekt der Menschenrechte und eine diversifizierte, nicht einseitig von der Minenwirtschaft abhängige Wirtschaft. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die das Wohl aller Menschen im Blick hat, nicht allein der Unternehmen.“

Die Informationsstelle Peru unterstützt die Erklärung und hat Red Muqui ihre Solidarität und Unterstützung zugesagt.

Weitermachen beim Dialog zur ‚Minenvision 2030‘ oder aussteigen angesichts der Kritikpunkte? Was ist Ihre Meinung dazu? Wir freuen uns über Beiträge zur Debatte!

Annette Brox

Quellen:

<https://propuestaciudadana.org.pe/wp-content/uploads/2019/03/Carta-conjunta.pdf>

<http://www.muqui.org/comunicaciones/noticias/item/854-red-muqui-no-suscribio-vision-mineria-al-2030-por-estar-en-desacuerdo-con-proceso-y-acuerdos>

9. Papa, warum erzählst Du mir nicht Dein Leben ?

Sontone Sueyo ist einer der letzten lebenden Harakmbut, der sich an die Zeit vor der Invasion der weißen Missionare erinnert. Seine Geschichte aufgeschrieben hat sein Sohn Hector.

Wenn Sontone Sueyo von seiner Jugend erzählt, gewinnt seine brüchige Stimme auf einmal an Kraft, wie wenn die Erinnerung an die weit zurückliegende Jugend neue Energien verleiht. Das schlechte Gehör, das mangelnde Gedächtnis, die Schmerzen in allen Knochen, wenn sich der über 80-jährige mühsam bewegt: all das scheint wie weggeblasen, wenn Sontone Sueyo, seines Zeichens ein großer Jäger seines Volkes, sich an das große Fest erinnert, mit dem er und andere junge Jäger der Harakmbut in die Gemeinschaft aufgenommen worden sind. „Die ganze Nacht haben wir gesungen“. Der alte Mann stimmt eine Melodie an, die er damals eigens für seinen Initiationsritus gelernt hatte. 26 Tapire hat Sontone mit seinem Pfeil und Bogen erlegt im Laufe seines langen Lebens, „einmal drei mit einem einzigen Pfeil“. Daneben auch Affen – die besonders schwer zu jagen sind –, unzählige Hokku-Hühner, Papageien, Wildschweine, Ameisenbären und den einen oder anderen Jaguar.

Sontone Sueyo, der Weise seines Volkes, sitzt auf einem Holzchemel auf der breiten Veranda im Dorf „Boca de Inambari“, da wo der Fluss Inambari in den „Madre de Dios“ mündet, der der gleichnamigen Amazonas-Provinz in Peru den Namen gegeben hat. Ein tropischer Regenfall trommelt auf das Blechdach, während Sontone sich an die ersten Begegnungen mit den spanischen Missionaren erinnert. „Brrrrr“, macht er das Geräusch des Flugzeugs nach, das ihn als Jugendlichen zuerst erschreckte und dann erfreute. Denn aus dem Krach machenden metallenen Vogel fielen Beutel mit allen möglichen Dingen, die ihnen fremd waren: Ketten, Kleider, Kekse, Streichhölzer, Messer. „Die Kleider warfen wir schnell weg“, erinnert sich Sontone, „aber die Messer und Macheten waren uns überaus nützlich“. Das Flugzeug war nur die Ankündigung: später kam der spanische Missionar selber, in Begleitung einheimischer Dolmetscher, und nach einigen anfänglichen Scharmützeln überzeugte er die Harakmbut, nach und nach ihr Nomadenleben aufzugeben und sich auf seiner Missionsstation niederzulassen. Dort wurde Sontone Sueyo zu Antonio Sueyo.

„Die Missionare hatten zwei Strategien“, übersetzt Sohn Hector Sueyo. „Sie lockten uns mit nützlichen Geschenken und schossen mit ihren Gewehren auch oft in die Luft oder trafen absichtlich daneben, um die verletzten Indigenen mitnehmen zu können“.

Auch Hector Sueyo hat noch gelernt, mit Pfeil und Bogen zu jagen

Hector Sueyos Einstellung zur spanischen Dominikaner-Mission ist heute wohlwollend kritisch: „Dass sie uns Gesundheitsversorgung und Bildung gegeben haben, ist schon gut. Aber der Unterricht war nur in Spanisch, viele haben ihre eigene Sprache verloren. Es galt nur die westliche Kultur“.

Hector Sueyo, 51 Jahre alt, mit einer eckigen Brille auf dem breiten Gesicht, ist das einzige lebende Kind seines Vaters. „Pakari, die alte weise Frau unseres Volkes, blies ihm auf die Knie, damit er stark und groß wird, wie wir Harakmbut es sind“, erzählt Vater Sontone. Der Segen hat gewirkt. Hector Sueyo ist ein großer, kräftiger Mann, dem man ohne weiteres zutraut, dass er tagelang im Wald auf Jagd gehen kann. Er wurde 1968 auf der Missionsstation Shintuya geboren. Dank eines Stipendiums der Indigenen-Föderation Fenamad konnte er zuerst die Sekundarschule besuchen und danach in Lima Soziologie studieren. Hector Sueyo ist heute in beiden Welten zu Hause: in der

spanisch-sprechenden Großstadt ebenso wie im 140 Seelen zählenden Boca de Inambari, wo er jedes Wochenende seinen Vater besucht und mit ihm in Harakmbut spricht.

Geschichtsschreiber aus de eigenen Volk

Hector Sueyo ist der erste Harakmbut, der die Lebensgeschichte seines Volkes aufschreibt. Bisher war dies ausländischen Ethnologen vorbehalten oder auch peruanischen Wissenschaftlern aus der fernen Hauptstadt. „Oft konnten die gerade mal ein paar Worte unserer Sprache und haben ganz viel rein interpretiert“, kritisiert Hecto Sueyo. „Aber warum sollte ich nicht selber die Geschichte meines Vaters aufschreiben“, fragte er sich und seinen Vater: „Papa, warum erzählst du mir nicht Dein Leben?“

Herausgekommen ist ein einzigartiges Buch: „Soy Sontone. Memorias de una vida en aislamiento“. Möglich wurde es nur, weil Hector Sueyo in einer anderen Gegend Perus arbeitete und sein Vater ihn dort für mehrere Monate besuchte. Dort hat er seinen Vater immer wieder „in kleinen Häppchen“ gefragt, erzählen lassen und hat das Gesagte aufgezeichnet. „Es war ein langer Prozess, denn die Erzählung meines Vaters ist nicht immer stringent, er wiederholt sich oft oder er wird müde“. Und äußerst anspruchsvoll für den Verfasser, der das in Harakmbut gesprochene Wort ins Spanische verschriftlichte. „Viele glaubten, dass wir vor dem Kontakt mit den Weißen wie wilde Tiere gelebt hätten, aber als ich die Geschichte meines Vaters hörte, lernte ich, wie beispielhaft dieses Leben im Wald auch für unser heutiges Leben sein kann“.

Heute erfährt die Kultur und die Sprache der indigenen Völker mehr Aufmerksamkeit. Es gibt – endlich – zweisprachige staatliche Schulen. Und mehr junge Harakmbut, die die Sekundarschule besuchen oder sogar die Universität.

Auf dem Rückweg aus Boca Inambari macht Hector Sueyo Halt bei den Nachbarn seines Vaters, Carlos und seinem Bruder. Die beiden alten Männer sitzen unter dem Blechdach vor ihrem Holzhaus und schauen, wer den Dorfweg entlang kommt. Hecto Sueyo grüsst und nimmt Platz auf ihrer Veranda. Der rund 70-jährige Carlos ist gerade dabei, mit der Machete eine Kürbisfrucht auszuhöhlen, sein noch älterer Bruder sitzt in einem Rollstuhl daneben. Sofort beginnt eine lebhaft Konversation in Harakmbut zwischen den Dreien. „Bitte keine Fotos oder Aufnahmen“, sagt Hector Sueyo. „Sie haben schon zu viele Ethnologen und Journalisten hier gesehen“. Irgendwann kommen sie bei ihrem Gespräch auf ihre Jugenderinnerungen. Welche Tiere sie wann und wo gejagt haben. Wie zum Beweis holt Carlos, der jüngere der beiden Brüder, seinen Pfeil und Bogen heraus, legt eine Kakaofrucht auf einen Stuhl, tritt fünf Meter zurück, spannt – und trifft die Kakaofrucht mitten ins Herz.

Hector Sueyo wünscht, dass mehr junge Harakmbut, die Geschichte ihrer Eltern und Großeltern aufschreiben. „Denn die alten Weisen unseres Volkes sterben und nehmen ihre Erinnerungen mit ins Grab.“

Hildegard Willer

Diese Reportage ist Teil der Reportageserie aus dem peruanischen Regenwald, ein Projekt der Infostelle Peru mit Unterstützung von Caritas International und der Erzdiözese Freiburg.

10. Paranüsse - das andere Gold Amazoniens

Jedes Jahr, wenn Weihnachten vorbei ist und es in Madre de Dios wie aus Kübeln schüttet, packt Don Manuel Arguedas seine Gummistiefel, Regenjacke, Machete, Lebensmittel und Seife für zwei Monate in sein Boot und verabschiedet sich von seiner Frau, seinen sieben Kindern und unzähligen Enkelkindern. Dann fährt er stundenlang den Fluss Madre de Dios hinunter und danach in den Nationalpark Tambopata hinein. Mitten im Wald schlägt er dann sein Zelt auf und wartet, dass ihm das Glück vor die Füße fällt.

Sein Glück, das sind kokosnuss-grosse braune Früchte, die vom Baum fallen und wie eine russische Babuschka sind. Wenn er sie mit der Machete aufschlägt, findet er darin neue kleinere Nüsse mit einer festen Schale. Manuel Arguedas, 73 Jahre alt, lebt seit seiner Jugend davon, dass er in den Wald geht und Paranüsse sammelt. Früher hat er dies als Arbeiter für große Firmen getan. Heute besitzt er eine eigene Konzession im Nationalpark Tambopata. Das heißt, der Wald gehört ihm nicht, aber er hat die Erlaubnis, drei Monate im Jahr ihn zu betreten und die herabgefallenen Paranüsse aufzusammeln und zu verkaufen.

Das Department Madre de Dios ist heute vor allem berüchtigt, weil es Goldschürfer aus ganz Peru anzieht, die den Regenwald zerstören und die Gewässer mit Quecksilber und Schweröl verschmutzen. Hinter dem schädlichen Gold-Fieber jedoch versteckt sich eine grundlegende Frage: wie kann man im Regenwald leben und Geld verdienen, ohne den Regenwald und die Umwelt zu zerstören? Denn die Bewohner Amazoniens wollen ebenso wie ihre Mitbürger in den fernen Küstenstädten ein menschenwürdiges Leben mit einigen Errungenschaften der Moderne: Bildung, Gesundheit, Mobilität, Abwechslung. Und dafür muss man Geld verdienen.

Bis heute sieht ein Teil der peruanischen Gesellschaft den Regenwald vor allem als unerschöpfliche Kammer an natürlichen Ressourcen, die man ausbeuten muss. Alles andere wäre Ressourcenverschwendung. Genau diese Haltung hat zuerst zum Kautschukfieber, dann zum Goldfieber, Soja- und Palmölfieber geführt.

Dabei war gerade Madre de Dios lange vor dem Goldfieber für seine Paranüsse bekannt. Im Gegensatz zum Goldabbau, und auch im Gegensatz zur schädlichen Weidewirtschaft, sind Paranüsse die nachhaltigste Art, aus dem Amazonas-Wald Gewinn zu machen. Sie sind ein Geschenk der Selva, das man nicht ausbeuten oder erzwingen muss. Die Paranuss-Bäume werden hunderte von Jahren alt, bis zu 60 Meter hoch und werfen, ohne jedes menschliche Zutun, in der Regenzeit hunderte von Paranuss-Kapseln ab. Der Mensch muss sie nur aufheben und aufschlagen.

Paranuss-Bäume wachsen im gesamten amazonischen Regenwald, aber erstaunlicherweise nur im Grenzgebiet Brasilien – Bolivien – Peru, dort wo Madre de Dios liegt, in so hoher Dichte, dass sich eine kommerzielle Ausbeute lohnt.

30 000 bis 40 000 Soles Ertrag, sagt Manuel Arguedas, habe er so mit der Ernte eines Jahres. Also rund umgerechnet 10 000 Euro. Nicht übermäßig viel, aber in Madre de Dios kann man davon leben.

Bis die Paranüsse auf dem Markt landen, müssen sie einen langen Prozess des Trocknens und Aufbereitens durchlaufen. Manuel Arguedas ist einer der 33 Genossenschafter der „Asociación de Castaneros de la Reserva de Tambopata Los Pioneros“ oder kurz ASCART. ASCART betreibt eine Schäl-, Trocknungs- und Verarbeitungsanlage in Puerto Maldonado. Schon wenn man das Terrain betritt, übertönt ein Clack-clack das ganze Terrain. In einem großen Saal sitzen an die dreißig Frauen vor einer Art Nussknacker und öffnen die Paranüsse, damit sie nachher weiterverarbeitet

werden können. Am Ende eines komplizierten Trocknungs- und Befeuchtungsprozesses liegt die geschälte und trockene Paranuss, fertig für den Export. Ascart ist öko-zertifiziert und exportiert vor allem nach Italien.

Der große Abnehmer der letzten Jahre für Paranüsse aus Madre de Dios ist jedoch Südkorea, wo der Verbrauch der Paranuss wegen ihres gut aufnehmbaren Selen-Gehalts besonders gefördert wird.

Im Zuge der internationalen Marketing-Kampagne für Superfoods erfährt auch die Paranuss eine erhöhte Nachfrage. „Nur mit Sammeln der Paranüsse, die von den Bäumen auf natürliche Art abgeworfen werden, können wir die Nachfrage nicht decken“, sagt Ronal Corvera vom Peruanischen Amazonas-Institut IAAP. Das IAAP experimentiert deswegen seit einiger Zeit mit dem Plantagenanbau von Paranuss-Bäumen. „In nachhaltiger Agroforst-Wirtschaft, so dass auch andere Bäume und Sträucher angebaut werden können“, betont Corvera. In Brasilien und dem benachbarten Bolivien sind Paranuss-Plantagen bereits gang und gäbe.

Don Manuel Arguedas Söhne gehen nicht mehr mit ihm in den Wald. Das mehrmonatige Campen abseits der Stadt empfinden sie als zu beschwerlich. Viele der Paranuss-Sammler sind deshalb fortgeschrittenen Alters.

Aber es gibt auch eine junge Generation von Paranuss-Sammlern, die zwischen Stadt und dem Regenwald pendeln, der Slowfood- und Umweltbewegung angehören. So wie Sofia Rubio, die von ihrer Mutter die Paranuss-Konzession übernommen hat und ihr Produkt neuartig verarbeitet (www.shiwi.pe). Dem Plantagen-Anbau von Paranüssen steht sie skeptisch gegenüber. „Bevor man in Plantagen investiert, soll man lieber in den Erhalt des jetzigen Waldes investieren“.

Auf dem Biomarkt in Lima verkauft sie gewürzte Paranuss-Blättchen und jeden März lädt sie ein zur „Paranuss-Route“. Interessierte können dann mit ihr in den Wald gehen, dort mehrere Tage übernachten und ebenso wie Don Manuel darauf warten, dass ihnen ihr Essen vor die Füße fällt.

Hildegard Willer

Diese Reportage ist Teil der Reportageserie aus dem peruanischen Regenwald, ein Projekt der Infostelle Peru mit Unterstützung von Caritas International und der Erzdiözese Freiburg.

11. Ein neuer Flughafen für Cusco - aber wo ?

Ausgerechnet in Deutschland etwas zum geplanten Bau des Internationalen Flughafens Chinchero bei Cusco anzumerken (Stichwort BER), ist gewagt.

Im südlichen Peru ist der Wunsch nach einem größeren und sicheren Flughafen seit vielen Jahren ein Dauerthema. Der aktuelle liegt mitten in der Stadt Cusco und wird als gefährlich eingestuft. Ein neuer Flughafen soll im Gebiet des Urubamba-Tals im Distrikt Chinchero entstehen, genauer: im Heiligen Tal der Inca (Valle Sagrado de los Incas), 26 Kilometer von Cusco entfernt.

Der Airport sollte ursprünglich als öffentlich-private Partnerschaft zwischen peruanischem Staat und der argentinisch-peruanischen Holding „Sociedad Aeroportuaria Kuntur Wasi“ betrieben werden; im Juli 2017 hat der peruanische Staat jedoch – aufgrund von Enthüllungen eines umstrittenen Zusatzvertrages – den Konzessionsvertrag aufgelöst. Kuntur Wasi hat darauf eine internationale Schiedsgerichtsklage gegen den peruanischen

Staat eingereicht.

Peru hat die Baumassnahme deswegen erneut ausgeschrieben, dieses Mal als öffentliches Gemeinschaftsunternehmen mit einem anderen Land, das eine weitreichende Erfahrung mit dem Bau großer Flughäfen aufweist.

Gültig beworben haben sich Kanada, Südkorea, Spanien, Frankreich und die Türkei. Noch im April soll die Entscheidung fallen, mit welchem Land Peru bei dem Flughafen-Bau zusammenarbeiten wird.

Obwohl hinter der Betreibergesellschaft des Flughafens in Lima (Lima Airport Partners) mit mehr als 57 % Anteil die Fraport AG Frankfurt steht, ist Deutschland nicht unter den Bewerbern (BERechtigt?); man kann aber wohl in der globalisierten Welt vermuten, dass auch deutsche Baufirmen beteiligt werden.

Die Meinungen zum neuen Flughafen und dem Standort im Heiligen Tal gehen weit auseinander.

Von Befürwortern wird als positiv ins Feld geführt:

* Er wird, meint die vorherige Betreiberfirma, während der Konzessionslaufzeit von 30 Jahren über 6 Milliarden Dollar in die Kassen der Region Cusco spülen.

* Er wird 100%ig ökologisch gebaut (*Juan Stroessel in Peru 21, am 6.5.2016*). Der Bau wird nachhaltig und sozial verträglich erfolgen.

* Das Touristenaufkommen wird sich von jetzt ca. 3 Millionen Personen auf 6 Millionen pro Jahr steigern.

* Die in der Provinz Urubamba produzierten Lebensmittel wie Quinoa können direkt exportiert werden.

* Die neue Einflugschneise ist bedeutend sicherer als die aktuelle.

Kritiker halten dagegen:

* Schon in der Planungs-Anfangsphase gab es Unregelmäßigkeiten und die vorgeschriebene Konsultation der Bevölkerung war mangelhaft.

* Die Standortwahl ist Ergebnis von Korruption. Daran beteiligt waren u.a. der frühere Präsident Kuczynski und der jetzige Präsident Vizcarra in seiner damaligen Funktion als Verkehrsminister der Regierung Kuczynski. Schon vor Kuczynski kaufte unter Präsident Humala dessen Schwester Ivoska Seiffert Humala für 115.000 € ein Grundstück mit 15.000 Quadratmeter in der jetzigen Flughafenregion, das nunmehr ca. 5,5 Millionen € wert sein soll.

* Die Hochebene von Chinchero wurde 2006 zum Nationalen Kulturerbe erklärt, das ca. 350 archäologische Denkmäler und Plätze umfasst, darunter Machu Picchu, Pisac, Ollantaytambo.

* Noch mehr Tourismus zerstört den Tourismus. Der Flughafen kann in dieser Region nicht dem Tourismus dienen, wenn er die großartige Landschaft und Kultur gefährdet. Die UNESCO warnt, dass der Status als Weltkulturerbe verloren gehen könnte.

* Viele betroffene Dorfgemeinschaften (Ayllus) haben sich gegen den Bau ausgesprochen. Präsident Vizcarra hat darauf nicht reagiert.

* Flugspezialisten verweisen darauf, dass der neue Flughafen nur eine Piste für Starts und

Landungen haben soll und die Flugzeuge zwischen den Andenriesen Pumahuanca und Chicon (5.300 m.ü.M.) durch müssen und dabei kräftig durchgeschüttelt werden.

* Die Lärmbelastung für die Menschen in der Tourismus-Region wird sehr hoch sein.

Die Kritiker stellen den Bau eines neuen Flughafens im südlichen Peru nicht in Frage, fordern aber, dass er in eine nachhaltige regionale Entwicklungsplanung eingebunden, Korruption unterbunden und dass dort gebaut wird, wo die kulturellen, sozialen und ökologischen Schäden geringer sind als in Chinchero, im Heiligen Tal der Inca.

April 2019, Heinz Schulze

(Quellen: Diariocorreo.pe/peru, 13.3.19; Natalia Majluf: Chinchero: la barbarie del „progreso“?, El Comercio, 11.3.19; inforegion, 3.4.19; Carlos Herz Saenz: Es pertinente un aeropuerto en Chinchero, DAR, 4.4.19; www.lima-airport.com sowie Informationen aus Mitteilungen der Regierung und Betreiber aus dem Jahr 2016.)

12. Solidaritätsdebatte: Solidarität zwischen Völkern

Die Solidarität zwischen Völkern entsteht, wenn ein Volk dringend Unterstützung braucht, sei es weil es einen schwerwiegenden bewaffneten Konflikt hat, Hunger oder an mangelnden sanitären Bedingungen leidet; oder weil seine Institutionen nicht funktionieren, weil seine Mitglieder Menschenrechtsverletzungen erleiden, oder weil sie weniger Mittel haben als andere. All diese Umstände haben die Großzügigkeit jener Völker potenziert, die besser dran sind und die ihren Wohlstand ein wenig oder sogar sehr mit einem notleidenden Volk teilen wollen.

In den letzten fast 60 Jahren hat das deutsche Volk, sei es auf direktem Wege über zivile oder staatliche Institutionen mit dem peruanischen Volk finanzielle und technische Mittel geteilt, ebenso wie die Mitarbeit konkreter Personen, die nach Peru kamen, um das Leben der notleidenden Bevölkerung zu teilen oder Institutionen und Gruppen zu stärken. All dies geschah im Rahmen von Programmen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit.

Verschiedene deutsche Gruppen haben sich auch durchgehend dafür eingesetzt, interessierte Gruppen und die deutsche Öffentlichkeit für die verschiedenen Probleme Perus zu sensibilisieren.

All das hat dazu beigetragen, Sozialarbeit und andere lokale Teams aufzubauen, Organisationen zu stärken, Führungspersonen zu fördern und Projekte für lokale Entwicklung durchzuführen, ebenso wie Programme zur Verbesserung öffentlicher Institutionen und Plattformen der Zivilgesellschaft.

Ein sehr wichtiges Ergebnis dieser Beiträge und der Beiträge anderer Völker mit mehr Mitteln als unseres, ist die Herausbildung von führenden Organisationen der lokalen, nationalen und manchmal sogar internationalen Zivilgesellschaft. Trotz aller politischen Wechsel und inmitten verschiedener Kontexte bewegt diese Zivilgesellschaft Menschen und macht sozio-politische Lobbyarbeit, um die Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren, Alternativen einzubringen und Menschenrechtsverletzungen in einem umfassenden Sinne anzuzeigen.

Vielleicht ist es nun Zeit, diese Formen der Solidarität und der Entwicklungszusammenarbeit zu überprüfen, um sie besser zu machen und aus dem Blickwinkel der peruanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen eine aktivere Rolle in ihrer Neuausrichtung und Anpassung an den aktuellen Kontext zu spielen. Dazu gehört es, unsere Rolle zu überdenken in Bezug auf die Länder, von denen wir immer dachten, dass sie mehr Ressourcen als wir zur Verfügung haben, die

aber auch sehr viele Probleme haben.

Ich sehe zwei Aktionslinien, um diese Neuausrichtung und Anpassung an den aktuellen Kontext vorzunehmen:

1. Wir müssen auf eine alltäglichere Art die Probleme und Bedrohungen sichtbar machen, die wir als Menschheit auf einem selben Planeten, unserem gemeinsamen Haus, haben. Ich sage extra „auf eine alltägliche Art“, denn es gibt bereits viele Netzwerke der globalen Zivilgesellschaft, die sich zu den Bedrohungen äussern.

Dazu gehören der Klimawandel, der das Leben auf unserem Planeten in den kommenden Jahren gefährdet, und auch die grossen menschlichen Migrationsbewegungen, ausgehend von Krieg, Menschenrechtsverletzungen autoritärer Regierungen, und die durch den Klimawandel noch zunehmen.

Heute erkennen wir auch besser, welche schädlichen Auswirkungen auf die zivilen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte die grosse Korruption und die ihr untergeordneten Wirtschaftskreise haben. Dazu gehört die Existenz von Steuerparadisen, Offshore-Zentren, Freihandels- und Investitionsverträgen, welche die staatlichen Kontrollen und Regulationen schwächen oder sie ganz abschaffen.

Auf der anderen Seite sehen wir einen Vormarsch einer neo-konservativen Ideologie, welche die Verteidigung des Lebens, der Familie und einer einheitlichen Lebensweise fordert und damit alle entwertet, welche nicht in diese Vorstellungen passen oder sich dem Einheitsdrang widersetzen.

All diese Probleme betreffen nicht nur arme oder sogenannte Entwicklungsländer, sondern sind allen Ländern gemein. Wir müssen immer wieder betonen, dass wir alle die Auswirkungen der neoliberalen Politik erleiden: sei es durch den Abbau der Sozialsysteme, sei es durch den Rückgang der Löhne, was wiederum mit den zuvor genannten Tatsachen zu tun hat. Die Globalisierung der Kommunikation hilft uns, dies alles besser sichtbar zu machen.

2. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass auch unsere Staaten, die sog. Entwicklungsländer, staatliche Gelder für Organisationen der Zivilgesellschaft mit Erfahrung zur Verfügung stellen, wie dies in Europa längst üblich ist. Eine Herausforderung für das Funktionieren der Demokratie ist es, dass das Private, das Öffentliche und das Soziale zusammengehen und sich gegenseitig regulieren.

Rómulo Torres

(Direktor der NGO Forum Solidaridad Perú, im Vorstand des internationalen Netzwerkes Latindadd; Rómulo Torres wird auf Einladung der Infostelle Peru vom 2. – 16. Mai in verschiedenen Städten Deutschlands Vorträge halten.)

Übersetzung: Hildegard Willer

El artículo original en castellano encuentran bajo este enlace <http://www.infostelle-peru.de/web/que-es-la-informationsstelle-peru/debate-solidaridad-entre-peru-y-alemania/>

13. Solidaritätsdebatte: Auf Eigenes setzen!

Oft heißt es, der „böse Gringo“ sei schuld am schlechten Zustand Lateinamerikas. Doch das stimmt nur zum Teil. Jan Doria meint: der Kontinent muss sein Schicksal selbst in die Hand nehmen – und sich von Europa emanzipieren.

Warum sind arme Länder arm und reiche Länder reich? Es gibt viele Theorien, um Entwicklungsunterschiede zwischen den Nationen zu erklären, auch den Begriff „Entwicklung“ selbst kann man hinterfragen. Die meisten Theorien bewegen sich meist zwischen zwei Extremen: auf der einen Seite die endogenen Theorien, welche die Ursachen im Land selbst suchen, und auf der anderen die exogenen, welche sie außerhalb des Landes suchen. Zu letzteren gehört die Dependenztheorie, also der Gedanke, dass sich die Länder des „globalen Südens“ bis heute nicht aus einer (neo)kolonialen Abhängigkeit von den Großmächten des Westens, darunter auch Deutschland, gelöst haben. Diese Theorie ist innerhalb der Infostelle Perú zweifellos noch populär. Doch nun hat die Infostelle eine neue Debatte über „Solidarität“ ins Leben gerufen, und man sollte einwerfen: es ist nicht alles schwarz und weiß.

Um die Schlussfolgerung bereits vorwegzunehmen: in erster Linie bedeutet Solidarität, eine lange historische Linie der imperialen Einmischung in die Politik der lateinamerikanischen Länder zu beenden. Deutschland sollte aufhören, Peru vorzuschreiben, wie es sich zu entwickeln hat; und Peru sollte umgekehrt aufhören, sich an Deutschland und allgemein Europa und den USA als dem großen Vorbild zu orientieren.

Damit könnten wir den Beitrag an dieser Stelle bereits beenden. Normalerweise bin ich daher auch sehr vorsichtig, wenn ich um meine Meinung zur Innenpolitik eines südamerikanischen Landes gebeten werde. Wie aber vor einer Weile selbst eine Latina zu mir sagte, habe ich mittlerweile fast zwei Jahre auf diesem Kontinent gelebt und kann somit nicht mehr tun, als hätte ich zu vielen Fragen gar keine Meinung.

Im letzten Info Peru führte [César Bazán Seminario](#) Entwicklungsunterschiede ganz klassisch dependenztheoretisch auf die „ungerechte Weltordnung“ zurück. Das ist sicher richtig und ich gehöre zu den Profiteuren dieser Ordnung. Und dennoch ist es nur eine Seite der Medaille.

Um es ein wenig überspitzt auszudrücken: es hilft nichts, immer nur mit dem spitzen Zeigefinger auf den „bösen Gringo“ zu zeigen, der vor über 500 Jahren in Lateinamerika einmarschiert und bis heute dort geblieben ist. Das baut einen moralischen Druck auf die Gringos auf und schiebt gleichzeitig die Verantwortung für die hausgemachten Probleme im eigenen Land weit von sich. Denn ja, es gibt auch Gründe für Entwicklungsunterschiede, deren Ursachen im eigenen Land zu suchen sind und die im eigenen Land mit eigenen Methoden überwunden werden müssen. Auf zwei davon möchte ich eingehen: auf den Bereich Produktivität, Forschung und Entwicklung und auf Erziehung und Kultur.

2016 legte die für Forschung zuständige Behörde CONCYTEC den Bericht „Política Nacional para el Desarrollo de la Ciencia, Tecnología e Innovación Tecnológica“ zur Nationalen Entwicklungsstrategie vor. So investierte Peru 2016 lediglich 0,08 % seines BIPs in Forschung & Entwicklung (F&E), der OSZE-Durchschnitt betrug 2,38 %.

Der CONCYTEC-Bericht nun verweist in diesem Zusammenhang auf die Beispiele Korea, Japan und China: wer langfristiges Wirtschaftswachstum erreichen möchte, muss in Forschung & Entwicklung sowie in das Humankapital investieren. Freilich haben Teile der peruanischen Politik und Gesellschaft diesen Zusammenhang bereits erkannt, dennoch stützt sich das Wirtschaftsmodell Perus immer noch zu stark auf die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen. Unverarbeitete Produkte kann Peru eben immer noch am besten auf dem Weltmarkt verkaufen, und hier dürfen sich die deutschen Konsumenten und Politiker an der eigenen Nase fassen angesichts der vielfältigen Zoll-, Sanitär- und Handelsschranken, welche die Infostelle oft genug kritisiert.

Für den zweiten Punkt jedoch kann Deutschland nichts: für Kultur und Erziehung. Oft wird behauptet, zur Erklärung von Entwicklungsunterschieden auf kulturelle Ursachen hinzuweisen, sei

rassistisch. Es hilft jedoch nichts, die Augen zu verschließen vor einer Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft, die ohne mit der Wimper zu zucken hingenommen wird. Es mangelt in Südamerika an einer gewissen Fähigkeit zu vorausschauendem Denken und zu langfristiger Planung, dazu, die Folgen des eigenen Handelns für die Zukunft abzuschätzen. Beispielsweise ist der peruanische Staat nicht in der Lage, eine langfristige Finanzplanung über einen Zeitraum von zehn Jahren anzufertigen. In der Arbeitswelt dominiert eine Orientierung an Hierarchien, allzu oft finden Prozesse von oben nach unten und nicht von unten nach oben statt. Und im Alltag reagiert eine Kultur der Regellosigkeit, die zweifellos auch auf das Fehlen von Vorbildern zurückzuführen ist: „Wenn alle Welt das Gesetz umgeht, warum sollte ich dann der einzige Dumme sein, der sich daran hält?“, fragte Luis Davelouis einmal in seiner [Kolumne in La República](#). All diese Argumente sind genauso wenig neu wie die der Dependenztheorie. Sie zeigen nur: es gibt auch endogene Ursachen für Entwicklungsunterschiede, und es ist die eigene Verantwortung der Einwohner eines jeden Landes, sie zu beseitigen. Wenn Solidarität also bedeutet, dass Deutschland sich heraushalten sollte mit neunmalklugen Ratschlägen, dann bedeutet sie umgekehrt, dass Peru sich stärker auf seine eigenen kulturellen Ressourcen besinnen sollte.

Vorbild dafür könnte die Politik von Evo Morales in Bolivien sein. In Lima leben laut dem *Documento Nacional de Lenguas Originarias* rund eine halbe Million Quechua-Sprecher, doch man hört ihre Sprache nicht auf den Straßen, zumindest nicht im Zentrum. Warum nicht? Weil die Limaer Elite immerzu nach Europa und in die USA schaut und darüber die eigene Sprachvielfalt für „rückständig“ erklärt. Auch wird oft behauptet, dass die Sprachenvielfalt in Europa viel größer sei und deswegen dort das Fremdsprachenlernen einen viel größeren Stellenwert bekäme. Das stimmt jedoch gar nicht: nach Angaben der [Sprachdatenbank „Ethnologue“](#) stammen lediglich 4 % der Sprachen der Welt aus Europa, das damit der Kontinent mit der geringsten Sprachvielfalt ist. 15 % stammen aus den Amerikas. Das dominierende Spanische als Verkehrssprache („lingua franca“) Lateinamerikas täuscht über die wahre sprachliche Diversität des Kontinentes hinweg – und führt dazu, dass kaum einer diese Sprachen erlernen möchte.

Welche Beiträge könnte dieser Kontinent noch leisten in einer globalisierten Welt? Worauf kann man als Latino stolz sein? Im kulturellen Rahmen fällt da zuerst die musikalische und insbesondere in Perú die kulinarische Vielfalt ins Auge, und auch die weiter oben angesprochene Kultur des „Durchwurschtelns“ hat ihre Vorteile: nämlich dann, wenn es um die flexible Bewältigung spontaner Herausforderungen geht, wie [in meinem letzten Beitrag](#) angesprochen.

Im kirchlich-theologischen Bereich ist es die Befreiungstheologie, die – von Lima und Medellín ausgehend! – es vom „anderen Ende der Welt“ bis auf den Stuhl Petri nach Rom geschafft hat, wo sie heute quasi-offizielle Kirchenlehre ist. Und die Geschichte ist noch lange nicht am Ende: im Oktober diesen Jahres soll die historische Amazonas-Synode stattfinden, von der man neue Impulse zur Lösung der Klimakrise – Auswirkungen des westlichen Kapitalismus! – erwarten darf.

Ich wünsche mir für Lateinamerika also eine stärkere Rückbesinnung auf das Eigene, auf das, was diesen Kontinent von Europa unterscheidet. Doch die Lösung für Lateinamerika muss von den Latinos selbst kommen, sie kann nicht aus dem Ausland importiert werden. Erste Ansätze dafür sind bereits genannt, nun gilt es, ihnen weitere hinzuzufügen. Vor allem aber braucht es einen neuen Mut, wieder zu sagen, „Ich bin Latino, und ich bin stolz darauf, trotz aller Widrigkeiten. Denn mein Land und mein Kontinent können der Welt etwas geben, was kein anderes Land ihnen geben kann“.

Jan Doria studiert in Tübingen Medienwissenschaft und Spanisch und verbrachte 2018/2019 ein Auslandssemester an der Katholischen Universität Perus

Sie sind eingeladen, unsere Solidaritätsdebatte zu kommentieren oder auch selber einen Beitrag für das nächste Infoperu zu verfassen!

La versión en castellano del artículo de Jan Doria la encuentran bajo este enlace

14. #FridayforFuturePeru



@Alberto Ñiquen

Auch in Lima protestierten am 15. März zahlreiche Jugendliche fuer mehr politische Aktionen, um den Klimawandel einzudaemmen. Hier einige Foto-Impressionen , aufgenommen von Alberto Ñiquen.







Alle Fotos: Alberto Ñiquen

15. VERANSTALTUNGEN

- **Köln, 3. - 5. Mai 2019**

Peru-Seminar der Infostelle Peru

Hier finden Sie alle Infos zum Peru-Seminar [Einladung Peru-Seminar 2019_neu](#)

2. - 16. Mai, verschiedene Städte

Rundreise Rómulo Torres Seoane:

Wege zu Demokratie und Gerechtigkeit – Soziale Bewegungen in Peru

Rómulo Torres Seoane, Direktor des Forum Solidaridad Perú, Mitglied im Lateinamerikanischen Entschuldungsnetzwerk LATINDADD, koordinierte das Panamazonische Sozialforum und hat langjährige Erfahrungen in Initiativen und Institutionen für Menschenrechte und menschliche Entwicklung.

Veranstaltungen:

Donnerstag, 2. Mai , 18 Uhr, **Köln**

Los pueblos amazónicas peruanas – alianzas, amenazas, perspectivas

Input und Panel-Diskussion

In spanischer Sprache!

Ort: Universität Köln, Hörsaalgebäude, Saal F, Albertus-Magnus-Platz

Freitag, 3. Mai, bis Sonntag, 5. Mai 19, **Köln:**

Peruanische Wege zu Demokratie und gerechter Bildung

Peru-Seminar der Informationsstelle Peru e.V.

Ort: Tagungs- und Gästehaus St. Georg, Rolandstr. 61

(nur mit Anmeldung)

Dienstag, 7. Mai , 19 Uhr, **Freiburg**

Peru: Soziale Bewegungen im Kampf gegen Diskriminierung

Wie sich Frauen, Indigene, Campesinos gegen neokonservative Politik wehren

Vortrag und Diskussion

Ort: Katholische Akademie, Wintererstr. 1

Mittwoch, 8. Mai , 19.30 Uhr, **Weikersheim**

Wege zu Demokratie und Gerechtigkeit in Peru

Vortrag und Diskussion

Ort: Katholisches Gemeindehaus, Karl-Ludwig-Straße 13,

Donnerstag, 9. Mai , 19 Uhr, **München**

Rechtsruck in Lateinamerika: rechte Politik und rechter Glaube

Vortrag und Diskussion

Ort: EineWeltHaus München, Raum U20, Schwanthalerstr. 80, U4/5 Theresienwiese

Freitag, 10. Mai , 19 Uhr, **Heidelberg**

**Landraub – Indigene und Kleinbauern im Spannungsfeld zwischen
Landrechten, Naturschutz und Minenwirtschaft**

Vortrag und Diskussion

Ort: Gemeindehaus St. Bonifatius, Hildastraße 6

Samstag, 11. Mai , **Rastatt**

**Neokonservative Bewegungen und Diskriminierung aufgrund von Geschlecht,
Kultur, Herkunft**

Arbeitsgruppe auf dem Treffen der Partnerschaftsgruppen der Erzdiözese Freiburg

Ort: Rastatt

(nur mit Anmeldung)

Montag, 13. Mai , 19 Uhr, **Berlin**

Geldwäsche, Steuervermeidung und Korruption in Peru im Kontext der internationalen Finanz- und Steuerarchitektur

Vortrag und Diskussion

Ort: Haus der Demokratie & Menschenrechte, Veranstaltungsraum Vorderhaus (1. OG – bitte klingeln), Greifswalder Str. 4, Tram M4, Bus 200 Am Friedrichshain

Dienstag, 14. Mai , 18 Uhr, **Erfurt**

Wege zu Demokratie und Gerechtigkeit – soziale Bewegungen in Peru

Vortrag und Diskussion

Ort: RedRoXX, Pils 29

Mittwoch, 15. Mai , 19.30 Uhr, **Bielefeld**

Soziale Bewegung in Peru – Die Zivilgesellschaft als Motor demokratischer Prozesse

Vortrag und Diskussion

Ort: Welthaus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62

Donnerstag, 16. Mai , **Hamburg**

Titel und Ort werden noch auf der Homepage der Informationsstelle Peru bekannt gegeben

Weitere Informationen:

Informationsstelle Peru e.V., info@infostelle-peru.de, Tel 0761 7070640

Die Rundreise wird unterstützt von Brot für die Welt und dem Katholischen Fonds

22. Juni, Dortmund

Veranstaltungen von Infostelle und Bergbaukampagne am Evangelischen Kirchentag

Korruption – ein gesellschaftliches Krebsgeschwür

Was der Krebs macht, macht auch die Korruption: sie frisst sich durch verschiedene Organe (des

Staates) und schwächt die, die am ehesten auf ein gesundes und intaktes System angewiesen sind, die Armen.

Sie macht die Reichen reicher und die Armen ärmer.

Die mitmachenden Regierungen geben für Projekte, die mit Korruption stattfinden, viele Steuermittel aus und bekommen selbst viel Geld – für die eigene Tasche. Aber dieses Geld fehlt dem Staat für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit. Das „Prinzip Korruption“ scheut die Öffentlichkeit. In dieser Veranstaltung wird hervorgeholt, was sonst unter den Teppich gekehrt wird. Am Beispiel Lateinamerika. In Form einer Doku-Lesung mit viel Zeit zur Diskussion – auch über Lösungen.

Ort | Gemeindesaal der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin, Gabelsbergerstr. 32, 44141 Dortmund

Zeit | Samstag, 22. Juni 2019, 11:00 – 12:30 Uhr

Veranstalter | Informationsstelle Peru e.V. und Kampagne „Bergwerk-Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“, Perukreis der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin

Können wir uns die Schöpfung noch leisten?

Zerstört der Kapitalismus die Schöpfung? Schließen sich Ökologie und soziale Gerechtigkeit aus? Podiumsdiskussion u.a. mit Sven Giegold (Mitglied des Europaparlaments), Dr. Hartmut Heidenreich (Kampagne „Bergwerk-Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“) und kirchlichen Engagierten gegen den Hambacher Forst

Ort | Katholische Kirchengemeinde St. Martin, Gabelsbergerstr. 32, 44141 Dortmund

Zeit | Samstag, 22. Juni 2019, 14:00 – 16:00 Uhr

•

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich. Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

